



*ESCUELA INTERNACIONAL DE FILOSOFÍA INTERCULTURAL
INTERNATIONALE SCHULE FÜR INTERKULTURELLE PHILOSOPHIE
INTERNATIONAL SCHOOL FOR INTERCULTURAL PHILOSOPHY
ÉCOLE INTERNATIONALE DE PHILOSOPHIE INTERCULTURELLE*

Raúl Fornet-Betancourt
(Hrsg. / Ed.)

**Dominanz der Kulturen und Interkulturalität
Dominance of Cultures and Interculturality
El dominio de las culturas y la interculturalidad
Hégémonie culturelle et interculturalité**

**Dokumentation des VI. Internationalen Kongresses für
Interkulturelle Philosophie**

**Documentación del VI Congreso Internacional de
Filosofía Intercultural**

Digitale Edition
Aachen / Barcelona 2021

Für die Druckedition:
IKO-Verlag
Frankfurt/M. 2006

Digitale Edition:
© 2021 EIFI

Raúl Fornet-Betancourt
(Hrsg. / Ed.)

Dominanz der Kulturen und Interkulturalität
Dominance of Cultures and Interculturality
El dominio de las culturas y la interculturalidad
Hégémonie culturelle et interculturalité

**Dokumentation des VI. Internationalen Kongresses für
Interkulturelle Philosophie**

**Documentación del VI Congreso Internacional de
Filosofía Intercultural**

Inhalt / Contents / Índice / Table des matières

Vorwort	7
Grußwort	
<i>Brigitte Klotz</i>	9
Interkulturelle Philosophie als Institution?	
<i>Gerd-Rüdiger Hoffmann</i>	13
Einführung:	
Ja zur Interkulturalität, aber mit den Karten auf den Tisch	
<i>Raúl Fornet-Betancourt</i>	25

I

Zur Phänomenologie der dominanten Kulturen On the Phenomenology of Dominant Cultures Fenomenología de las culturas dominantes Phénoménologie des cultures hégémoniales

1. Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei	
<i>Michael Brie</i>	37
2. Dominant Culture and Patriarchy:	
Philosophy of Difference and Inter-Culturalism	
<i>Heisook Kim</i>	59
3. Der Rechtsstaat ohne Menschenrechte und die Aushöhlung unserer Demokratie	
<i>Franz Hinkelammert</i>	71
4. Dominante Kultur und Information	
<i>Klaus Wiegerling</i>	95

II

Zur Praxis der Interkulturalität On the Practice of Interculturality Praxis de la interculturalidad La praxis de l'interculturalité

1. Otro pensar es posible, y se nos impone
Dina V. Picotti 117
2. Being Brown in the U.S. in the 21st Century:
History and Latino Identity
Daisy Machado 127
3. Kulturkampf in Zeiten des Neoliberalismus
Dominanz und Marginalisierung am Beispiel von Bolivien
Josef Estermann 143
4. «L'autre» dans la philosophie africaine
Albertine Tshibilondi Ngoyi 165
5. Les traditions interculturelles en contexte africain
Albert Kasanda Lumembu 181
6. Praxis of Interculturality in Asia
Choe, Hyondok 195

III

**Provinz in Europa oder Interkulturalität als Chance für
ein Europa des Gleichgewichts in der globalisierten Welt?
Province in Europe or Interculturality as a Chance for
a Balanced Europe in the Globalized World?
¿Provincia en Europa o la interculturalidad como oportunidad para
una Europa equilibrada en un mundo globalizado?
Province en Europe ou l'interculturalité comme chance pour
une Europe équilibrée dans un monde mondialisé?**

1. Kapitalismus und Leitkultur
Christoph Türcke 215
2. Die Sorben (Wenden) – kulturelle Identität einer Minderheit
Anna Kossatz / Ana Kosacojc 221
3. Asymmetrien zwischen Mehrheit und Minderheit
am Beispiel der Sorben
Martin Walde 249
4. Die Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land
– ein „erweiterungsfähiges“ Konzept?
Rolf Kuhn 259
5. Islam in the context of the dialogue of cultures
between East and West
Nur Kirabaev 271
6. Provinzielle Sprachen?
Übersetzung, Dominanz und Diskurs
im „osteuropäischen“ Kontext
Yvanka B. Raynova 289
7. Eurozentrismus – ein weltweites Phänomen
mit kulturellen Besonderheiten
Marie-Theres Albert 301

Vorwort

In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Lausitz und der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte das Lateinamerikareferat des Missionswissenschaftlichen Institutes Missio e.V. (MWI) den VI. Internationalen Kongress für Interkulturelle Philosophie vom 23. bis 27. Mai 2005 in Senftenberg.

Mit dem Schwerpunkt „Dominanz der Kulturen und Interkulturalität“ wollte der VI. Kongress die Frage der Theorie und Praxis der Interkulturalität unter den Bedingungen der heute dominanten globalen Kultur ausdrücklich thematisieren. Dem Programm entsprechend wurde dies in drei Schritten versucht: 1. Zur Phänomenologie der dominanten Kulturen

2. Zur Praxis der Interkulturalität

3. Provinz in Europa oder Interkulturalität als Chance für ein Europa des Gleichgewichts in der globalisierten Welt?

Die vorliegende Dokumentation orientiert sich an dieser Programmstruktur und veröffentlicht die Vorträge in der Reihenfolge, in der sie in der jeweiligen Sektion gehalten wurden.

Für die hervorragende Zusammenarbeit, aber auch für die herzliche Gastfreundschaft, die alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen erfahren durften, möchte ich mich bei der Präsidentin der Fachhochschule Lausitz, Brigitte Klotz, und bei Gerd-Rüdiger Hoffmann von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herzlich bedanken. Ein aufrichtiges Dankeschön sage ich ebenfalls Cathleen Bürgelt, Elisabeth Steffens sowie den Mitarbeiterinnen der FHL für ihr Engagement bei der Durchführung des Kongresses. Ferner sei der RLS, der FHL und dem MWI für die großzügige finanzielle Unterstützung des Kongresses gedankt.

In eigener Sache sei noch darauf hingewiesen, dass der VII. Internationale Kongress für Interkulturelle Philosophie im September 2007 in Buenos Aires stattfinden soll.

Aachen, im Dezember 2005

Raúl Fornet-Betancourt

– Herausgeber –

Der Rechtsstaat ohne Menschenrechte und die Aushöhlung unserer Demokratie

Es ist heute offensichtlich, dass es eine Auseinandersetzung gibt um die Umformulierung des Rechtsstaats. In den USA ist eine Tendenz zu einer Auffassung des Rechtsstaats entstanden, in der dieser vereinbar wird mit der Existenz von Konzentrationslagern (wie in Guantánamo und sonstigen Kriegsgefangenenlagern im Irak und in Afghanistan), mit systematischer Folter und dem Verschwindenlassen von Personen. Es handelt sich um ein massives Phänomen und die Regierung der USA versucht, diese Methoden in den Rechtsstaat zu integrieren. Worum es offensichtlich geht, ist, eine Art von weltweiter Diktatur der nationalen Sicherheit der USA zu errichten, die in den Rechtsstaat integriert sein soll.

Man muss diese Tendenz im Rahmen der Globalisierungsstrategie verstehen, wie sie zuerst nach dem Militärputsch in Chile 1973, dann von der Regierung Thatcher in Großbritannien und durch die Regierung Reagan durchgesetzt wurde, und die Anfang der 80er Jahre dann als „Konsens von Washington“ formuliert wurde.

Diese Strategie ist effektiv global, aber sie ist es im Namen von globalen Märkten in den Händen großer privater Bürokratien transnationaler Unternehmen. Diese Strategie totalisiert die Märkte global auf der Basis der neuen Technologien (Komputation, Information, Transportmittel), die erstmals eine solche Strategie der Kapitalakkumulation erlauben. Diese Strategie wird aufgezwungen im Namen der Eliminierung der sogenannten Marktverzerrungen. Es handelt sich um Marktverzerrungen vom Standpunkt dieser privaten Bürokratien aus, die auf globaler Ebene Produkte und Dienstleistungen produzieren und verteilen. Die „strukturellen Anpassungen“ sind die Richtlinien für diese Eliminierung der Marktverzerrungen. Sie werden den Staaten und ihren Regierungen weitgehend aufgezwungen, wodurch die öffentlichen Bürokratien weitgehend in bloße Anhängsel dieser gigantischen privaten Bürokratien verwandelt werden. Die Korruption ist das Schmieröl für diesen Prozess und sie wird immer sichtbarer. Viele Politiker lassen sich von Seiten der privaten Bürokratien den Ausverkauf ihrer Länder und ihrer Ehre gut bezahlen.

Unter diesem Gesichtspunkt sind Marktverzerrungen alle Interventionen in den Markt, die gemacht werden, um universal oder auch regional die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu sichern. Daher sind Marktverzerrungen: die Arbeitsgesetze, die Gesetze zum Schutz der Arbeitenden (Arbeitszeiten, Kinderarbeit, Frauen- und Mutterschutz usw.), aber auch jede Politik, die universal Gesundheits- und Erziehungssysteme, den Zugang zur Wohnung, die Alterssicherung sichern sollen und die nicht universal sein können, wenn sie nicht staatlich und daher öffentlich gesichert werden. Aber ebenfalls sind Marktverzerrungen: die Vollbeschäftigungspolitik, die Entwicklungspolitik im Sinne einer integralen Entwicklung, aber ebenfalls die Politik zum Schutz der Umwelt oder autonomer Kulturen. Ebenfalls ist jede Kontrolle von Kapital- und Marktbewegungen eine Marktverzerrung. Hingegen ist die strikte und häufig gewalttätige Kontrolle der Bewegungen menschlicher Personen überhaupt keine Marktverzerrung.

Es ist leicht zu sehen, dass diese Politik der weltweiten Totalisierung der Märkte einen großen Teil der Menschenrechte abschafft, deren Anerkennung die an der Emanzipation des Menschen orientierten Volksbewegungen seit dem 19. Jahrhundert erreicht hatten. Wenn man diesen Menschenrechten den Namen sozialer Rechte gibt, ist dies verwirrend. Es sind Personenrechte, die allerdings nur gesellschaftlich durchsetzbar sind. Die gesellschaftliche Durchsetzung aber impliziert Interventionen in den Markt. Es sind also Personenrechte, deren Durchsetzung von einer Politik der Interventionen in den Markt abhängen. Sie werden jetzt im Namen der Eliminierung von Marktverzerrungen ausgegrenzt oder einfach abgeschafft. Natürlich erreicht die Strategie nicht alles, was sie als ihr Ideal ansieht. Dies wäre der Tod; es wäre wie ein Atomkrieg. Aber alles, was diese Strategie nicht durchsetzen kann, erscheint unter dem Gesichtspunkt ihrer Vertreter als Unvollkommenheit der Märkte, an deren Perfektion man arbeitet und von der man träumt. Es handelt sich um eine Rationalität, deren Traum Monster erzeugt. Unsere privaten Bürokratien träumen den Traum vom Rechtsstaat ohne Menschenrechte.

Hingegen bringt diese Strategie Effekte hervor, die man nicht vorausgesehen hat oder die man nicht voraussehen wollte, als man sie der Welt aufzwang. Sie werden sichtbar in den globalen Bedrohungen, die zwar schon vorher entstanden, sich jetzt aber über alle Massen vertieft haben: Die zunehmende Ausgrenzung immer größerer Teile der Weltbevölkerung, die Umweltkrise und die Krise der menschlichen Beziehungen selbst sind die auffallendsten. Sie vertieften sich gerade deshalb, weil unsere privaten

Bürokratien – die außerdem die Eigentümer der wichtigsten Kommunikationsmittel sind – die wichtigsten notwendigen Maßnahmen als Marktverzerrungen denunzieren. Dadurch lähmen sie uns diesen Bedrohungen gegenüber und machen ein wirksames Handeln ihnen gegenüber unmöglich. Diese Bedrohungen sind nicht als solche apokalyptisch. Es gibt natürlich Maßnahmen, um ihnen entgegenzutreten. Aber sie werden zu apokalyptischen Bedrohungen, wenn man diese Maßnahmen weiterhin als Marktverzerrungen denunziert und sie dadurch unmöglich macht. Die Bedrohungen werden dann grenzenlos. Daher kann es nicht überraschen, dass der solideste politische Block für die Unterstützung der heutigen Politik der USA aus dem Reihen der Apokalyptiker des christlichen Fundamentalismus kommt, zu denen sich Bush II und viele Mitglieder seiner Regierungsjunta zählen.

Es handelt sich um indirekte Effekte des Handelns innerhalb der Globalisierungsstrategie, die häufig zumindest in ihrem Beginn auch nicht-intentional sind.

Es gibt heute eine durchaus partielle Diskussion über die indirekten Effekte, die bestimmte politische Strategien hervorrufen. Eine solche Diskussion ist in Bezug auf den Irakkrieg entstanden. Condolezza Rice sagt völlig zu Recht über diesen Krieg:

„Jeder große historische Wechsel wird immer turbulent sein. Dies zeigt sich, wenn die gemachten Pläne mit der Wirklichkeit zusammentreffen. Das, was man nicht einmal vorbedacht hat, verwandelt sich in das zentrale Problem. Die wirkliche Frage ist dann: Kannst du dich anpassen und die notwendigen Maßnahmen verwirklichen?“¹

Sie sagt dies in Bezug auf die Tatsache, dass die Regierung der USA in gar keiner Weise vorausgesehen hat, was sich dann als indirekter und nicht vorhergesehener Effekt dieses Krieges ergab, nämlich in einem Partisanenkrieg der dem leichten Sieg im offenen Krieg folgte. Tatsächlich verwandelte sich das, was man nicht vorhersah, in das Zentrum und den Schlüssel zum ganzen Krieg. Da wird natürlich die Frage von Condolezza Rice aktuell: „Kannst du dich anpassen und die notwendigen Maßnahmen verwirklichen?“

Tatsächlich haben sich die indirekten Effekte des Krieges in das Schlüsselproblem verwandelt und die gesamte Strategie des Krieges musste

¹ Vgl. *La Nación*, San José, 30.10.2004. Selektion New York Times. Das Zitat erscheint in einem Artikel der New York Times von Michael R. Gordon: Die USA haben einen zweiten Krieg gegen die Rebellen nicht vorausgesehen.

diesen verheerenden Effekten gegenüber umdefiniert werden. Selbst Bush II sprach von einem „katastrophalen Sieg“, der diesen Sieg in einen Pyrrhussieg verwandelte. Pyrrhus sagte nach einem solchen Sieg: Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren.

Aber auch Condoleezza Rice beantwortet nicht direkt die Frage, die sie selbst gestellt hat. Die Regierung der USA zeigt sich nicht fähig zur Anpassung und zur Verwirklichung der notwendigen Änderungen. Das Ergebnis ist eine fast absolute Inflexibilität, die in ihrer Folge zu einer reinen Vernichtungspolitik führt. Sie fordert von allen Flexibilität und sie muss es tun, weil sie selbst völlig inflexibel ist.

Aber das, was in diesem Krieg geschah, ist ein Paradigma dessen, was heute mit der gesamten Globalisierungsstrategie geschieht. Das, was man nicht vorhersah als man sie aufzwang, verwandelt sich heute in ihr Schlüsselproblem. Die globalen Bedrohungen, die sie geschaffen oder verschärft hat, verwandeln sich in das zentrale Problem, um die sie heute kreist.

Sehr viel eher als Condoleezza Rice analysierte Marx das gleiche Problem in Bezug auf die Marktstrategien:

„In ihrer Verlegenheit denken unsre Warenbesitzer wie Faust. Im Anfang war die Tat. Sie haben daher schon gehandelt, bevor sie gedacht haben. Die Gesetze der Warennatur bestätigen sich im Naturinstinkt der Warenbesitzer.“²

Ganz so wurde die Globalisierungsstrategie entschieden und aufgezungen. Sie hatten schon gehandelt bevor sie gedacht hatten. Und sie handeln weiter ohne zu denken. Daraus ergibt sich eine Krisensituation, die das Ergebnis von indirekten Effekten ist, an die man nicht gedacht hat. Aber sie verwandeln sich in das Schlüsselproblem, um das jetzt die gesamte Globalisierungsstrategie kreist. Bush II sprach in Bezug auf den Irakkrieg von einem „katastrophalen Sieg“. Heute scheint die gesamte Globalisierungsstrategie in einen solch „katastrophalen Sieg“ einzumünden. Das ganze Gebäude zittert.

Es entstehen die verschiedensten Reaktionen. Ich möchte nur einige erwähnen.

- der Widerstand auf der Basis von Alternativen, der aus den verschiedensten Volksbewegungen kommt (Porto Alegre); die Alternativen, die, wenn auch häufig abgeschwächt, von einigen Regierungen übernommen werden

² Vgl. Karl Marx: *Das Kapital*, I, MEW, Bd. 23, Berlin 1972, S. 101.

- der spontane Widerstand ohne Projekt und ohne klare Führung wie etwa im Fall des Caracazos von 1989, des argentinischen Aufstands von 1989 und des späteren Aufstands von 2001, der die argentinische Regierung stürzte
- Befreiungsbewegungen mit bewaffnetem Widerstand, die an einigen Orten weiterbestehen
- mehr oder weniger irrationale Reaktionen an sehr verschiedenen sozialen und geographischen Orten: die Welle von Mord-Selbstmordaktionen, die seit Ende der 70er Jahre in den USA begann und sich dann auf die ganze Welt ausbreitete, und ein wachsender weltweiter privater Terrorismus.

In der Wurzel zeigt sich eine Stabilitätskrise, die die Globalisierungsstrategie selbst als ihren indirekten Effekt hervorbringt.

Wiederum können wir die Frage von Condoleezza Rice stellen: „Kannst du dich anpassen und die notwendigen Maßnahmen verwirklichen?“

Ganz offensichtlich haben die Machtinhaber des Systems nicht die geringste Bereitschaft, sich anzupassen oder notwendige Korrekturen zu verwirklichen. Sie fordern alle Welt dazu auf, flexibel zu sein, aber erklären, dass sie selbst nicht die geringste Flexibilität zeigen werden. Daher der Spruch TINA: There is no alternative (es gibt keine Alternative). Es ist dasselbe wie zu sagen: Wir werden nicht die geringste Flexibilität zeigen. Tatsächlich ist der Kapitalismus der Globalisierungsstrategie der am wenigsten flexible Kapitalismus, den es je gegeben hat. Da das System nicht bereit ist, flexibel zu sein, müssen es eben die Menschen sein, über die das System jetzt wie eine Dampfwalze hinweggeht.

Da das System keine der notwendigen Anpassungen macht, verwandelt es sich in solch eine Dampfwalze. Es muss alle Widerstände vernichten und terroristisch werden. Daher wird der Staatsterrorismus unvermeidlich, wenn man die Globalisierungsstrategie weiter verfolgen will. Tatsächlich stand der Staatsterrorismus schon am Anfang der Globalisierungsstrategie in der Gestalt der totalitären Diktaturen der Nationalen Sicherheit, die vor allem in den 70er Jahren in Lateinamerika entstehen und immer mit der Unterstützung der klassischen Demokratien des Nordens rechnen konnten. Dies wird symbolisiert durch den chilenischen Militärputsch vom 11. September 1973. Es gibt zwei 11. September, die den Rahmen der Geschichte der Globalisierungsstrategie setzen. Sie beginnt mit dem 11. September 1973 in Santiago, der die dortige Diktatur der Nationalen Sicherheit begründete und von dem aus die Globalisierungsstrategie ganz Lateinamerika

aufgezwungen wurde. Durch gewaltsame Unterdrückung der Widerstände und der Volksbewegungen hindurch ergab sich die Unterwerfung des Landes unter die Macht der privaten Demokratien der großen Unternehmungen. Diese Politik wurde dann nach der Demokratisierung von den folgenden Regierungen weitergeführt. Was hierbei in Chile geschah, wurde ganz Lateinamerika dann aufgezwungen und übernommen. Der Staatsterrorismus schaffte die Menschenrechte der körperlichen Unversehrtheit ab, um die Menschenrechte, die aus den menschlichen Bedürfnissen resultieren, eliminieren zu können.

Seit den 90er Jahren ergibt sich aufs Neue der Widerstand gegen die Globalisierungsstrategie, der wiederum die Anerkennung der Menschenrechte fordert, die aus der Bedürfnisbefriedigung resultieren. Der zweite 11. September in New York gab die Gelegenheit um diesem wiederentstandenen Widerstand durch einen Staatsterrorismus zu begegnen, der so irrational ist wie die Attentate selbst waren. Jetzt ist auf einmal „das Einzige das nötig ist“ der antiterroristische Krieg, der genau so sinnlos und irrational ist wie der private Terrorismus auch.

Dieser antiterroristische Krieg wendet sich nicht direkt gegen die Bewegungen mit alternativen Projekten. Sie haben anscheinend eine zu große Legitimität innerhalb der Weltbevölkerung. Stattdessen schafft der antiterroristische Krieg einen Bildschirm, der nur noch den Terrorismus als einziges Problem sichtbar werden lässt, sodass die globalen Bedrohungen durch die Globalisierungsstrategie verdeckt und unsichtbar gemacht werden.

Daher wird eine permanente Angstsituation geschaffen, die sich auf die völlig willkürliche Erfindung einer terroristischen Weltverschwörung stützt, die zum einzigen Problem wird, das gelöst werden muss und das zur Lösung anderer Probleme keine Zeit lässt.

So kommt die Diktatur der Nationalen Sicherheit zurück, aber jetzt als Weltdiktatur der Nationalen Sicherheit der USA. Der erste 11. September schuf die Diktatur der Nationalen Sicherheit, der zweite 11. September hat sie neu belebt.

Diese Wiedererschaffung der Diktatur der Nationalen Sicherheit kann gleichzeitig die Terrorismusgefahr als Vorwand benutzen, um ganz allgemein gegen die Widerstände der Volksbewegungen vorzugehen. Aber man geht selten direkt gegen sie vor. Man lässt sie beiseite, indem man das Thema wechselt. Da jetzt das Thema des Terrorismus das einzige ist, um das es sich handelt, wird ihr Widerstand als völlig irrational und unreal ab-

getan. Er wird als irrelevant und illusorisch dargestellt neben dem großen und einzigen Thema des Krieges gegen den Terrorismus.

I. Der Rechtsstaat und seine Subversion

Die Diktaturen der Nationalen Sicherheit sind in Lateinamerika das Mittel gewesen, um die Menschenrechte, die aus der menschlichen Bedürfnisbefriedigung resultieren, abschaffen zu können. Um dies aber tun zu können, müssen sie die Menschenrechte der Unverletzbarkeit des Körpers aufheben. Damit werden sie zu totalitären Diktaturen, die sich auf Konzentrationslager, systematische Folter und das Verschwindenlassen von Personen stützen. Sind die erstgenannten Menschenrechte abgeschafft und mit ihnen die Volksbewegungen, die sie durchsetzen, können die Menschenrechte der körperlichen Unverletzbarkeit wieder anerkannt werden. In Lateinamerika ist dies der Moment, in dem man zur Demokratie zurückkehrte. Die Geschichte aller Diktaturen der Nationalen Sicherheit folgte in Lateinamerika diesem Schema.

Aber diese Diktaturen waren national. Die entwickelte Globalisierungsstrategie schafft heute die Tendenz zu einer Weltdiktatur der Nationalen Sicherheit und findet im Krieg gegen den Terrorismus ihren Vorwand. Aber als Weltdiktatur ist sie heute unmöglich, wenn sie sich nicht in den Rechtsstaat und die Demokratie integriert. Dies führt dann zur Umwandlung sowohl des Rechtsstaats als auch der Demokratie. Der Rechtsstaat muss zu einem Rechtsstaat ohne Menschenrechte werden und die Demokratie zu einer Akklamation der Globalisierungsstrategie, die nur durch die konstante Angstpropaganda erreichbar scheint.

Will man die tendenziell stattfindende Umwandlung des Rechtsstaats analysieren, ist es notwendig, zumindest kurz auf die Geschichte des Rechtsstaats seit dem 18. und 19. Jahrhundert einzugehen. In der Geschichte des Rechtsstaats ist der Rechtsstaat nur selten ein Vertreter der Menschenrechte gewesen. Es ist wichtig sich zu erinnern, das in der Geschichte des Rechtsstaats dieser zu seinem Beginn im 18. Jahrhundert die Zwangsarbeit durch Sklaverei legalisiert hat³; später henkte der Rechtsstaat die

³ Einen extremen Fall gibt die Geschichte Haitis. Nachdem sich die Sklaven Anfang des 19. Jahrhunderts befreit hatten, verlangten die ehemaligen Sklavenbesitzer von den befreiten Sklaven Entschädigung für die Enteignung eben dieser Sklaven. Sie waren Privateigentum, das durch die Sklavenbefreiung enteignet wurde. Der Rechtsstaat Frankreich unterstützte sie dabei, denn es ist rechtens, enteignetes Pri-

Gewerkschafter von Chicago und nach der Sklavenbefreiung hat er die Apartheid (separation) in den USA legalisiert. Ein großer Teil der Kolonialisierungen der Welt wurden durch Rechtsstaaten legalisiert. Ebenfalls gewährte der Rechtsstaat den Frauen keine Gleichheit. Weder die Sklaven noch die Frauen noch die Gewerkschafter noch die kolonialisierten und ausgeraubten Völker der Welt konnten sich an die respektiven Rechtsstaaten wenden zum Schutz ihrer Menschenrechte. Der Rechtsstaat entsteht ohne den größten Teil der wesentlichen Menschenrechte, soweit sie sich auf den Schutz des menschlichen Lebens beziehen und entsteht häufig sogar gegen sie. Es ist ein nettes und häufiges Vorurteil zu glauben, dass es dem Rechtsstaat wesentlich ist, die Menschenrechte zu schützen.

Der nackte Kern, mit dem der Rechtsstaat entsteht, ist das Prinzip der Vertragsfreiheit. Es begründet vertragliche Beziehungen zwischen Eigentümern-Individuen, und geht davon aus, dass sie frei sind soweit sie durch Verträge in Beziehung stehen. Dabei entscheidet der Rechtsstaat selbst, wer Individuum ist und wer nicht. Daher kann der Rechtsstaat noch im 19. und vielfach im 20. Jahrhundert die legale Anerkennung als Eigentümer-Individuum und daher als Bürger sowohl den Sklaven als auch den Frauen, aber auch den Eingeborenen, die innerhalb der Grenzen des Rechtsstaats leben, und auch denen, die der Apartheid unterworfen sind, abstreiten. Ebenfalls erkennt dieser Rechtsstaat den legal anerkannten Individuen kein Recht an, Widerstand auszuüben gegenüber den sozialen und sonstigen Konsequenzen der Vertragsbeziehungen im Markt. Daher ergibt sich das Verbot und die Verfolgung der Gewerkschaften im Namen des Rechtsstaats. Aber es handelt sich um einen Rechtsstaat, der dies tut. Dieser Rechtsstaat ist häufig auch demokratischer Rechtsstaat. Versteht man diese Form des Rechtsstaats, kann man auch verstehen, dass die Einführung der Diktatur der Nationalen Sicherheit nach dem 11. September 1973 in Santiago de Chile, aber auch in den anderen Ländern Lateinamerikas, als Rückgewinnung des Rechtsstaats legitimiert wurde.

Die Emanzipationskämpfe allerdings führen seit dem 19. Jahrhundert Menschenrechte in diesen Rechtsstaat ein und der nackte Rechtsstaat wird umgewandelt in einen Rechtsstaat mit Grundrechten (konstitutioneller

vateigentum zu entschädigen. Haiti wurde über Jahrzehnte erpresst, bis die Regierung von Haiti gezwungen war, diese Entschädigungen anzuerkennen. Damit begann die Auslandsverschuldung Haitis. Worum es geht, ist, dass es ein Rechtsstaat war, der dies verlangte und dass damit kein einziges rechtsstaatliches Prinzip verletzt wurde.

Rechtsstaat). Es handelt sich um lange und heftige Kämpfe, die weitgehend erfolgreich sind, sodass ein konstitutioneller Rechtsstaat entsteht, der effektiv die Garantie von Grundrechten auf allgemeine und emanzipatorische Menschenrechte erweitert. Vor allem seit dem II. Weltkrieg wird in vielen Ländern der Rechtsstaat in diesem Sinne konstitutional. Wenn daher die Volksbewegungen in Lateinamerika in den 80er und 90er Jahren die Rückkehr zum Rechtsstaat fordern, fordern sie die Rückkehr zu diesem konstitutionellen Rechtsstaat.

Sobald allerdings dieser Rechtsstaat als demokratischer Rechtsstaat wieder durchgesetzt wird – dies geschieht in Lateinamerika gerade in den 80er und 90er Jahren – ist dieser bereits weltweit in Auflösung begriffen. Da die aus der menschlichen körperlichen Bedürfnisbefriedigung resultierenden Menschenrechte im Konflikt stehen mit den Grundprinzipien der Globalisierungsstrategie, in deren Namen jetzt alle politische Macht ausgeübt wird, werden jetzt gerade diese Menschenrechte als Marktverzerrungen eliminiert oder marginalisiert. Der Rechtsstaat garantiert sie nicht mehr und wird in Bezug auf diese Rechte ein Rechtsstaat ohne Menschenrechte.

In dieser Situation entstehen die Volksbewegungen aufs Neue im Namen der unterdrückten Menschenrechte und fordern ihre Rückgewinnung. Sie entstehen daher als Widerstand gegen die Globalisierungsstrategie und gleichzeitig gegen die Aushöhlung und Subversion des konstitutionellen Rechtsstaats.

Heute entstehen fast alle alternativen Bewegungen im Zusammenhang mit der Verteidigung dieser Menschenrechte, deren Anerkennung das Ergebnis der Emanzipationskämpfe seit dem 19. Jahrhundert ist. Es geht auch hier um eine Umwandlung des gegenwärtigen Rechtsstaats. Aber es handelt sich um eine Umwandlung, die in gegensätzlicher Richtung stattfinden muss zu dem, was die heutige Umwandlung des Rechtsstaats im Sinne seiner Anpassung an die Globalisierungsstrategie durchsetzt, indem sie den Rechtsstaat wiederum auf sein vertragsrechtliches Skelett reduzieren will. Gegen diese Tendenz zum Rechtsstaat ohne Menschenrechte handelt es sich aus der Perspektive dieser alternativen Bewegungen um eine Rückgewinnung eines Rechtsstaats, der die Menschenrechte garantiert, um ihnen Gültigkeit in unserer gegenwärtigen Gesellschaft zu sichern.

Diese aus den Emanzipationskämpfen hervorgegangenen Menschenrechte formulieren als Utopie gesehen die Utopie der menschlichen Freiheit. Dies öffnet dann die Möglichkeit der Diskussion über die Mythen des Rechtsstaats, die die Mythen der Legalität sind. Dies impliziert gleichzeitig

die Notwendigkeit, in diese Diskussion auch die Theologie der Gesetzeskritik einzuschließen.

Aber das Ziel der Befreiung wird jetzt in Termini von Rechten gesehen, die die Form von Normen haben. Es ergibt sich dabei ein bedeutender Unterschied in Bezug auf die großen Befreiungsbewegungen, die im 19. Jahrhundert entstanden und insbesondere zur damaligen sozialistischen Bewegung. Aber nicht die Utopie der Freiheit verändert sich entscheidend, sondern was sich geändert hat, ist das Verhältnis zu dieser Utopie. Ich bin überzeugt, dass eine entscheidende Schwäche dieser Bewegungen darin bestand, die direkte und lineare Verwirklichung dieser Utopie zu versuchen. Ich bin ebenfalls überzeugt, dass dies einer der entscheidenden Gründe für das häufige Scheitern dieses historischen Sozialismus war. Heute erscheint daher die Notwendigkeit, die – immer tendenzielle – Verwirklichung dieser Utopie der Freiheit in einem Prozess zu suchen, der von den Menschenrechten und ihrer Verwirklichung aus eine Umwandlung der Institutionen betreibt.

Hierbei ist es wichtig gegenwärtig zu behalten, dass diese Beziehung zwischen den Menschenrechten konfliktiv ist. Der nackte Rechtsstaat ist wie der totalisierte Markt; er erdrückt die Subjekte der Menschenrechte und bringt die Menschenrechte zum Verschwinden. Um dieser destruktiven Tendenz entgegenzutreten, muss sowohl der Rechtsstaat als auch der Markt von den Menschenrechten aus zurückgewonnen werden, wodurch sie von den Menschenrechten aus reguliert und kanalisiert werden können. Die Befreiungsbewegungen des 19. Jahrhunderts hatten hingegen häufig die Tendenz, die Institutionalität selbst (Markt, Staat usw.) zu negieren und daher ihre Abschaffung zu suchen. Heute hingegen handelt es sich zweifellos darum, die Institutionen von den Menschenrechten aus zu durchdringen und dadurch lebensfähig zu machen.

Wenn es sich also darum handelt, die Menschenrechte im Innern der Institutionen gegenwärtig zu machen, entsteht die Notwendigkeit der Neuformulierung des Rechtsstaats. Heute werden die Menschenrechte, die aus einer langen Geschichte der Emanzipationskämpfe hervorgegangen sind, auf der Ebene des Rechtsstaats annulliert und untergraben. Dennoch kommt die Macht zu dieser Abschaffung der Menschenrechte auf der Ebene des Rechtsstaats nicht vom Staat her, sondern geht aus der Aufzwingung der Globalisierungsstrategie als Strategie der Akkumulation des Kapitals aus Tendenzen der Wirtschaft hervor. Diese Strategie zwingt das Kapital

dazu, auf politischer Ebene die Abschaffung der Menschenrechte im Inneren des Rechtsstaats voranzutreiben.

Hier hat allerdings ein Gesichtspunkt gewechselt. Die Befreiungsbewegungen des 19. Jahrhunderts sahen den Staat von der Wirtschaft her. Wir hingegen sehen heute die Wirtschaft ausgehend von der Problematik der Menschenrechte und ihrer Einführung oder Sicherung im Rechtsstaat. Hierdurch wird die Wirtschaft nicht etwa weniger wichtig. Es gibt keine Sicherung der Menschenrechte ohne tiefgreifende wirtschaftliche Umwandlung. Aber es handelt sich um eine wirtschaftliche Umwandlung, deren Notwendigkeit sich ergibt als Bedingung der Möglichkeit der Sicherung der Menschenrechte, denn diese ist politisch nur dadurch möglich, dass sie in den Rechtsstaat eingeführt werden. Die letzte Instanz dieser Bedingung der Möglichkeit der Menschenrechte ist weiterhin die wirtschaftliche. Die erste Instanz aber ist politisch und nicht wirtschaftlich. Nimmt man allerdings die Wirtschaft nicht nur als letzte Instanz, sondern auch als erste, werden die Menschenrechte untergraben und letztlich sogar abgeschafft, ganz unabhängig davon, um welche Gesellschaft es sich handelt. Das Ökonomische überrollt dann alles.

Auf diese Weise entsteht heute das Projekt einer alternativen Gesellschaft, das den heutigen sozialen Kämpfen entspricht. Es handelt sich allerdings um ein Gesellschaftsprojekt, das keineswegs mit einem Regierungsprogramm verwechselt werden sollte. Daher kann die Diskussion einer Vielzahl von möglichen spezifischen Alternativen die Diskussion des Gesellschaftsprojekts selbst nicht ersetzen. Sie setzt dieses Gesellschaftsprojekt voraus. Formulierungen wie „alternative Gesellschaft“ oder „eine andere Welt ist möglich“ können den Sinn eines solchen Gesellschaftsprojekts wiedergeben und daher den Horizont des Prozesses abstecken, dessen Schritte eben viele spezifische alternative Projekte sind.

Die Ausarbeitung dieses gesellschaftlichen Projekts, das allen spezifischen alternativen Projekten unterliegt und sie zu ordnen erlaubt, öffnet den Raum für die Anerkennung des Menschen als Subjekt. Unter menschlichem Subjekt verstehen wir dabei das körperliche Subjekt und daher das bedürftige Subjekt, das die Achtung für seine Bedingungen der Möglichkeit zu leben und diese Achtung als anerkanntes Menschenrecht fordert. Es fordert dies in seiner Beziehung zu den anderen Subjekten und fordert es gemeinschaftlich. Natürlich kann es als solches kein legal normiertes Recht geben, das diese Forderung begründete. Sie geht allem Recht voraus. Umgekehrt begründet diese Forderung alle menschlichen Grundrechte, die als

Normen formuliert sind. Von diesem Subjekt aus werden die Menschenrechte vertreten, aber irgendwelche Normen können diese Grundforderung des Subjekts nach den Bedingungen der Möglichkeit zu leben nicht wieder selbst begründen. Diese Grundforderung geht allen Rechten voraus, will aber als Menschenrecht auch rechtlich anerkannt werden. Sie geht sogar dem Recht voraus, diese Forderung zu stellen, fordert aber ebenso, dass diese Grundforderung als Recht aller von allen anerkannt wird. Daher fordert sie ein Recht auf Leben, das allerdings schon dadurch gegeben ist, dass man lebt. Daher geht die Grundforderung, leben zu können, auch jedem erklärten Recht zu leben voraus. Tatsächlich ist eine Gesellschaft, die dieses Recht zu leben nicht anerkennt, nicht lebensfähig und schafft Konflikte, derer sie nicht Herr werden kann. Spinoza drückt dies auf folgende Weise aus: *Conatus esse conservandi primum et unicum virtutis est fundamentum*. Diese *virtus* ist das Menschenrecht.

Von diesen Reflektionen aus ergibt sich noch eine andere. Es handelt sich um die Frage: Warum ist die Sicherung der Menschenrechte heute so dringend? Natürlich gibt es viele Gründe. Aber es gibt einen Grund, der sehr eng verknüpft ist mit dem globalen Charakter der Erde. Heute können wir das Überleben der Menschheit selbst nicht mehr sichern, außer durch die Schaffung einer Gesellschaft, die fähig ist in hohem Grade diese Menschenrechte zu sichern. Dieses Überleben kann man weder durch einfache Technologien noch durch simple Regierungskalküle sichern. Dieses Überleben ist dabei, sich in ein Problem der Achtung für die Menschenrechte zu verwandeln. In diesem Sinne hat es sich in ein Problem des Menschen als Subjekt verwandelt. Die Globalisierungsstrategie als Strategie der Akkumulation des Kapitals befindet sich nicht nur in Konflikt mit den Menschenrechten – sie ist tatsächlich unvereinbar mit der Geltung der wichtigsten Menschenrechte –, sondern ebenso mit dem Überleben der Menschheit selbst. Auch das Überleben der Menschheit ist subjektiv eben deshalb, weil die Kriterien des Überlebens der Menschheit nicht auf technische Kalküle reduzierbar sind, sondern als Fundament die Geltung der Menschenrechte und daher des menschlichen Subjekts als eines körperlichen und bedürftigen Wesens haben.

Daher ist das Ergebnis, das der gemeinsame Nenner der alternativen Bewegungen die Achtung vor dem menschlichen Leben ist, die die Achtung für das Leben der Natur als Ganzes einschließt und ohne sie nicht sein kann. Diese Bewegungen suchen eine Politik die fähig ist, dieses Leben zu sichern.

II. Die Integration der Diktatur der nationalen Sicherheit in den Rechtsstaat

Die Globalisierungsstrategie von ihrem Anfang an in den 70er Jahren tendierte zu einem Rechtsstaat ohne Menschenrechte. Sie tat dies immer ganz explizit in Bezug auf die aus den Emanzipationsbewegungen hervorgegangenen Menschenrechte. Es sind dies die Rechte ohne deren Sicherung das Leben des Menschen nicht gesichert werden kann: Rechte auf Sicherung der Lebensbedingungen, auf eine bestimmte Bedürfnisbefriedigung, auf Wohnung, auf Erziehung, auf Gesundheit. Es geht aber ebenso um Rechte, deren Sicherung die Voraussetzung dieser Rechte sind: das Recht auf eine integrale Entwicklungspolitik von Ländern und Regionen. Die Totalisierung des Marktes durch die Globalisierungsstrategie eliminiert alle diese Rechte. Aber sie kann dabei nicht bleiben. Seit ihren Anfängen war sie mit dem Staatsterrorismus der totalitären Diktaturen der Nationalen Sicherheit eng verbunden. Ohne diese Diktaturen hätte sie sich vor allem in Lateinamerika nicht mit der Geschwindigkeit ausbreiten können, mit der sie es tat. Diese Diktaturen schafften nicht nur die Menschenrechte ab, sondern auch die der Unverletzbarkeit der körperlichen Person. Dies war von Anfang an wesentlicher Teil der Globalisierungsstrategie. Diese Diktaturen hatten ihr Zentrum in der systematischen Folter, in der Begründung von Konzentrationslagern, die wahre Folterfabriken zur Auspressung von Informationen sind und im Verschwinden lassen von Personen. Das gesamte System hat zum Ziel, die Bevölkerung zu terrorisieren und gleichzeitig Informationen zu beschaffen. Es handelt sich um totalitäre Regime, wenn wir die Totalitarismustheorie von Hannah Arendt zugrundelegen.

Diese totalitären Systeme aber brauchen kaum eine Pressezensur. Die privaten Bürokratien sind inzwischen die wichtigsten Eigentümer der Kommunikationsmittel, die folglich zu Sprachrohren einer Strategie werden, die von den privaten Bürokratien selbst vertreten wird. Eine Pressezensur ist völlig unnötig. Es entsteht im Gegenteil ein Konflikt zwischen dem Menschenrecht auf Meinungsfreiheit und einer Interpretation der Pressefreiheit, die mit der Monopolisierung der Kommunikationsmittel in den Händen dieser privaten Bürokratien leicht vereinbar ist. So wird die Meinungsfreiheit im Namen der Pressefreiheit selbst marginalisiert. Viele Diktaturen der Nationalen Sicherheit stehen daher auf der Seite der Pressefreiheit.

Heute, nachdem die Globalisierungsstrategie weltweit durchgesetzt ist, führt sie weltweit zu Widerstandsbewegungen, die die verschiedensten Formen annehmen: von den gewaltlosen öffentlich organisierten Bewegungen „eine andere Welt ist möglich“ bis zu Organisationen einer weitgehend irrationalen Gewaltanwendung. Der Widerstand ist keine homogene Bewegung und kann daher von niemandem kontrolliert werden.

Damit entsteht weltweit eine Situation, die am Anfang der Globalisierungsstrategie in den 70er Jahren jeweils auf nationaler Ebene zur Konstituierung der Diktaturen der Nationalen Sicherheit auf nationaler Ebene führte. Da die Globalisierungsstrategie erklärterweise zu überhaupt keiner Flexibilität bereit ist, muss sie jetzt mit Gewalt stabilisiert werden. Es entsteht die Tendenz zu einem weltweiten Staatsterrorismus. Sein Zentrum kann nur das mächtigste Land der Welt sein und das sind die USA. Daher ist diese Tendenz dort am klarsten sichtbar. Tatsächlich hat die USA den Weg zu einer weltweiten Diktatur der Nationalen Sicherheit der USA eingeschlagen, die eng mit der weltweiten Durchsetzung der Globalisierungsstrategie verknüpft ist. Der 11. September 2001 in New York gibt den Vorwand, um sie durchzusetzen.

Jetzt wurde ganz öffentlich und in einer Form, die Legalität beansprucht, die systematische Folter, auf Folter beruhende und auf Information ausgerichtete Konzentrationslager und das Verschwindenlassen von Personen eingeführt. Es gibt bereits Tausende von Verschwundenen und wenn die Verhaftung eines angeblichen Terroristen bekannt gegeben wird, erfahren wir immer, dass er an einen unbekannten Ort gebracht wird. Wir wissen dann, dass sie zu Tode gefoltert werden, um Informationen zu bekommen und dass dann ihre Körper verschwinden: Wo kein Körper ist, ist auch kein *habeas corpus*. Fast nie kommen sie zurück.

Die Kontinuität dieser neuen Weltdiktatur der Nationalen Sicherheit der USA mit den Diktaturen der 70er und 80er Jahren ist offensichtlich. Die spezifischsten Charakteristiken dieser Diktaturen tauchen in dieser Weltdiktatur auf. Von Tejas Verdes, einem dieser Folterlager des Pinochetregimes, bis zu Camp Delta in Guantánamo geht ein direkter Weg.

Das Zentrum dieser Weltdiktatur ist heute die USA. Sie ist es ganz einfach deshalb, weil die USA das mächtigste Land der Welt und daher das Zentrum der Durchsetzung der Globalisierungsstrategie in der Welt ist. Da diese inzwischen die gesamte Welt ergriffen hat, entsteht diese Weltdiktatur als Diktatur der nationalen Sicherheit der USA, impliziert aber direkt oder indirekt alle anderen herrschenden Länder der Welt.

Da es sich um Rechtsstaaten handelt, muss daher die Folter in den Rechtsstaat integriert werden. Sie wird legalisiert und bürokratisiert. So schreibt die *Washington Post*:

„Beamte des Pentagon sagten, dass die Gruppe (es handelt sich um die Autoren eines Memorandums des Justizministeriums) mindestens 35 Verhörtechniken untersucht haben und das darauf Rumsfeld die Anwendung von 24 in einer klassifizierten Direktive genehmigt hat, die für alle Aktivitäten in Guantánamo gilt. Das Pentagon hat es abgelehnt, diese 24 Verhörmethoden zu veröffentlichen ...“⁴

Jetzt wurden Foltermethoden genehmigt und angewendet, ohne dass der Rechtsstaat einen Grund sähe, einzuschreiten. Die durchaus stärkere Reaktion gegenüber den Folterungen in Bagdad scheint eher ihren Grund in ihrer Obszönität zu haben.

Der Rechtsstaat mündet in ein Paradox. Er erklärt als Rechtsstaat, dass es Territorien und Menschen gibt, für die er nicht zuständig ist. Es wird ein *homo sacer* wieder eingeführt. Dies aber ist eine rechtsstaatliche Maßnahme.

Natürlich ist es nichts Neues, dass solche klassischen demokratischen Rechtsstaaten die Folter anwenden oder fördern. Trotz aller gegenteiligen Legalität haben sie es immer getan. Schon in den ersten Monaten nach dem offenen Irakkrieg begann man, die Folter durch „outsourcing“ durchzuführen, indem man die zu folternden Personen an alliierte Länder übergab, die stellvertretend zur Folter bereit waren. Aber man hielt dies geheim, auch wenn es sich weitgehend um ein offenes Geheimnis handelte. Danach aber wurden diese Methoden Schritt für Schritt auf das Niveau der Legalität des Rechtsstaats gehoben. Es gibt westliche Staaten, die dies auf der Basis von Erklärungen ihrer obersten Gerichte tun, obwohl dies bisher keineswegs allgemein ist. Dennoch kann man eine Tendenz in dieser Richtung wahrnehmen. Die liberale Gesellschaft übt bisher durchaus Widerstand. Daher ist das Ergebnis keineswegs sicher. Aber es ist offensichtlich, dass es viele Kräfte gibt, die in diese Richtung drängen, die viele Kommunikationsmittel

⁴ „Pentagon officials said the group examined at least 35 interrogation techniques, and Rumsfeld later approved using 24 of them in a classified directive on April 16, 2003, that governed all activities at Guantanamo Bay. The Pentagon has refused to make public the 24 interrogation procedures...“, vgl. Memo Offered Justification for Use of Torture, Justice Dept. Gave Advice in 2002. Dana Priest und R. Jeffrey Smith, Washington Post Staff Writers, 8.6.2004, S. A01.washingtonpost.com

einschließen. Es ist ein Konflikt im Gange, den die gegenwärtige Polarisierung der USA bestätigt.

In dieser Richtung erscheinen juristische Theorien. Zur Zeit werden in Lateinamerika und besonders in Kolumbien die Theorien eines deutschen Strafrechtlers diskutiert. Es handelt sich um Günther Jakobs, Strafrechtler der Universität Bonn, von dem es viele Veröffentlichungen in spanischer Sprache gibt. Jakobs denkt in der Nachfolge von Carl Schmitt und will in das Strafrecht die Unterscheidung eines Strafrechts für Bürger und eines Strafrechts für Feinde einführen. Die Garantien des Strafrechts reserviert er fast vollständig für das Bürgerstrafrecht. Sie hören damit auf, Menschenrechte zu sein und werden ganz einfach zu Bürgerrechten. Daher können diese Rechte dann weitgehend für das Feindesstrafrecht aufgehoben werden. Diese Theorien stoßen in den herrschenden Kreisen Kolumbiens auf besonderes Interesse, da Kolumbien heute in dieser Beziehung das gewalttätigste Land Lateinamerikas ist.⁵ Auf diese Weise kann die Diktatur der Nationalen Sicherheit nahtlos in den Rechtsstaat integriert werden. Innerhalb der Definitionen Jakobs ist es leicht, das Feindesstrafrecht auf allen ernsthaften Widerstand gegen die Globalisierungsstrategie auszudehnen. Jakobs zeigt einen eleganten Weg in dieser Richtung.

Hinter diesen Argumenten erscheint dann eine Fundierung dieser Tendenz zum Rechtsstaat ohne jede Menschenrechte, die dieser Tendenz eine scheinbare Rationalität gibt. Sie kehrt das Lebensargument, das die alternativen Widerstandsbewegungen vertreten, in ihr Gegenteil um. Diese Bewegungen fordern im Namen der Lebensmöglichkeiten tiefgreifende Veränderungen der Globalisierungsstrategie. Dieser Forderung gegenüber entwickeln jetzt die Vertreter dieser blinden Strategie ihrerseits grundlegende Veränderungen. Sie brauchen eine weitgehende Veränderung der politischen Machtausübung, um alle Widerstände unterdrücken zu können. Gegenüber den Veränderungen der Globalisierungsstrategie, die die alternativen Bewegungen fordern, fordert jetzt die extreme Rechte des Systems solche Veränderungen der Machtausübung, die es erlauben, diese Strategie ohne jede Flexibilität weiterzuführen. Es handelt sich um eine Veränderung aller Regeln des Zusammenlebens die es ermöglichen soll, diese Widerstände zu zerschlagen oder zu marginalisieren, ohne irgendeine der traditionellen Grenzen für die Machtausübung achten zu müssen.

⁵ Es gibt mehrere Veröffentlichungen von Jakobs auf spanisch. Er hat in Lateinamerika Vorträge gehalten und seine Thesen sind in vielen Rechtsfakultäten gegenwärtig.

Diese Neuformulierung des Zusammenlebens benutzt jetzt ebenfalls das Lebensargument, aber in einem völlig umgekehrten Sinne wie es die alternativen Bewegungen tun. Daher wird jetzt von Seiten dieser Vertreter des Systems argumentiert, dass gerade die Entfesselung der absoluten Macht des Staates in diesem Staatsterrorismus die Bedingung dafür ist, das menschliche Leben sichern zu können, das durch den Terrorismus bedroht ist und nur durch das Aufzwingen der Globalisierungsstrategie und durch die Schaffung eines Rechtsstaats ohne Menschenrechte noch zu sichern ist. Die extreme Rechte des Systems ruft danach, das Leben zu retten, das durch den Widerstand und ganz speziell durch die terroristischen und durchaus weitgehend irrationalen Relationen bedroht ist.

Das Lebensargument, das die alternativen Bewegungen vertreten, wird dadurch in sein Gegenteil verkehrt. Das Mittel ist der Verweis auf den Terrorismus: Die Sicherung des Lebens geht durch den Tod der Terroristen hindurch. Der Tod ist das realistische Mittel um das Leben zu sichern. Die Folter rettet Leben, die Konzentrationslager retten Leben, das Verschwinden lassen von Personen rettet Leben, die Globalisierungsstrategie rettet Leben. Obwohl der Tod gegeben wird, wird das Leben gerettet. Die Diktatur der Nationalen Sicherheit wird als Mittel zur Rettung von Leben vorgestellt.

Das Argument ist sehr simpel. Der Terrorismus tötet. Daher muss man die Terroristen finden und eliminieren, damit das bedrohte Leben gerettet werden kann. Man kann den Tod unschuldiger Opfer nur vermeiden durch die Eliminierung der Terroristen. Folglich rettet jede Maßnahme zu ihrer Eliminierung das Leben Unschuldiger.

Dasselbe gilt dann für die Globalisierungsstrategie. Sie erhöht – angeblich – die wirtschaftlichen Wachstumsraten, erlaubt es folglich, mehr Menschen zu ernähren. Wenn diese Strategie auch das Opfer vieler Menschenleben fordert, rettet sie im Endergebnis sehr viel mehr menschliche Leben als sie in ihrer Durchführung opfert. So sagt es Hayek:

„Eine freie Gesellschaft braucht Moral, die sich in letzter Instanz auf die Erhaltung von Leben reduziert: nicht auf die Erhaltung alles Lebens, denn es könnte notwendig sein, individuelles Leben zu opfern um eine größere Zahl anderer Leben zu retten. Daher sind die einzigen Regeln der Moral diejenigen, die zu einem ‘Kalkül des Lebens’ führen: das Eigentum und der Vertrag.”⁶

⁶ Vgl. Friedrich von Hayek: Interview, in: *Mercurio* vom 19.04.81.

Dies wird dann als Realismus der Sicherung des Lebens vorgestellt. Dieser Realismus fördert die Folter und das Verschwinden lassen von Personen, fördert die Ausbeutung und das Elend, aber entdeckt, das als ihr Ergebnis das menschliche Leben auf die einzig realistische Art gesichert wird. Seit Beginn der Globalisierungsstrategie tauchen diese Argumente ständig auf. Sie sind allerdings durchaus älter. Selbst Himmler in seinen Posener Reden versucht, die Morde der SS als notwendigen Schritt zur Rettung des Lebens des deutschen Volkes und aller Deutschen zu legitimieren. Der politische Mord ist nicht möglich, ohne solche Argumente auszuspielen.

In diesem Sinne kann die Nachricht über einen prominenten Folterer von Camp Delta in Guantánmo interessieren, die in der Washington Post erschien:

„Van Natta beendete seine Aufgabe als Superintendent von Camp Delta im September. Er sagt, dass er heute stolz ist über das, was er und seine Truppen erreicht haben.

„Es handelt sich um das wichtigste Jahr, das ich bisher gelebt habe, denn ich bin überzeugt, dass wir Leben gerettet haben“ sagte Van Natta, der jetzt zurückkehrt um das Hochsicherheitsgefängnis im Norden von Indianapolis zu leiten.

„Wenn es so herauskommt, wie ich glaube, dass es sein wird, wird (Camp Delta) als einzigartige Gefängniswelt, die je geschaffen wurde, angesehen werden. Wenn es herauskommt, dass die Information, die wir gesammelt haben, Leben gerettet hat, wird (Camp Delta) als die passende Tat angesehen werden, die je getan wurde. Sollte sich allerdings zeigen, dass es keine Information (intelligence) gegeben hat, dann wird (Camp Delta) gesehen werden als Ergebnis einer Supermacht, die ihre Macht unkontrolliert ausgeübt hat.“⁷

⁷ „Van Natta ended his tour as superintendent of Camp Delta in September. Today, he says he is proud of what he and his troops accomplished. „That was the most important year I ever spent, because I think we saved lives“ said Van Natta, now back running the maximum-security prison north of Indianapolis. „If it comes out the way I think it will, it will be viewed as the most unique prison environment ever created. If it comes out that the information we collected did save lives, it will be viewed as one of the smartest moves ever made. If it's proven that there was no intelligence, then it's going to be viewed as a superpower using its power unchecked.“ Torture Policy The Washington Post Company, washingtonpost.com, 16.6.2004, Seite A26. Dieser Artikel wurde von dem Redaktionsteam, John Mintz, R. Jeffrey Smith und Dana Priest in Washington und David B. Ottaway in Saudi Arabien verfasst.

Dieses Zitat erinnert an eine Anekdote über den Großinquisitor Torquemada aus dem 15. Jahrhundert. Dieser entwarf einen Dialog, in dem er die Frage stellte: Ist es erlaubt, einen Häretiker *nicht* zu foltern? Und er gab die Antwort: Es ist nicht erlaubt, den Häretiker *nicht* zu foltern, denn dadurch würde man ihm die letzte Chance nehmen, um seine Seele zu retten.

Dies hat sich natürlich geändert, obwohl es in anderer Form weitergeht. Die Frage ist heute: Ist es erlaubt, einen Terrorismusverdächtigen *nicht* zu foltern? Und die Antwort ist: Es ist nicht erlaubt, ihn *nicht* zu foltern, denn dadurch verliert man eine Chance, das Leben Unschuldiger zu retten.

Im erwähnten Memorandum des Justizministeriums heißt es:

... dass die internationalen Gesetze gegen die Folter gemäss dem jetzt bekannten Memo „möglicherweise verfassungswidrig sind, wenn sie auf die Verhöre angewendet werden“, die im Krieg von Bush gegen den Terrorismus durchgeführt werden ...

Wenn ein Angestellter der Regierung einen gefangenen Verdächtigen foltert, „so würde er dies tun um weitere Angriffe gegen die USA vonseiten des Terrornetzwerks von Al Qaeda zu verhindern“, sagt das Memo des Büros für legale Beratung des Justizministeriums, das als Antwort auf eine Bitte des CIA nach legaler Beratung gegeben wurde. Es fügte hinzu, dass eine Argumentation, die sich auf „eine Notwendigkeit und auf Selbstverteidigung stützt, einen solchen Grad von Rechtfertigung gibt, dass diese jede kriminelle Verantwortung beseitigen würde“.⁸

Nicht zu foltern, verwandelt sich in einen Akt der Barbarei. Nicht zu foltern ist verfassungswidrig, ist antihuman, ist Verantwortungslosigkeit, ist Zusammenarbeit mit dem Terrorismus. Die Folter ist lebensfördernd. Es

Im Drama von Benedetti *Pedro y el Capitán* spricht der Kapitän, der der Folterer ist, ganz genau die Sprache von Van Natta. Vgl. Benedetti, Mario: *Pedro y el Capitán*, Nueva Imagen, Mexiko 1979.

⁸ „... that international laws against torture ,may be unconstitutional if applied to interrogations’ conducted in President Bush’s war on terrorism, according to a newly obtained memo ...”

„If a government employee were to torture a suspect in captivity, he would be doing so in order to prevent further attacks on the United States by the Al Qaeda terrorist network,’ said the memo, from the Justice Department’s office of legal counsel, written in response to a CIA request for legal guidance. It added that arguments centering on ,necessity and self-defense could provide justifications that would eliminate any criminal liability’ later.” Vgl. Memo Offered Justification for Use of Torture, Justice Dept. Gave Advice in 2002. Dana Priest und R. Jeffrey Smith, Washington Post Staff Writers, 8.6.2004, S. A01.washingtonpost.com

handelt sich um einen säkularisierten Torquemada und es ist nicht leicht zu sagen, welcher nun der Schlimmere ist.

Diese Art von Argumenten wird von sehr vielen Seiten verwendet. Man gebraucht sie ebenfalls in Bezug auf den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Der Pilot des Flugzeuges, das die Atombombe auf Hiroshima abwarf, antwortet auf die Frage nach der wichtigsten Tat seines Lebens: „Offensichtlich war es die Tatsache die Gruppe 509, die für die Anwendung der Bombe trainiert war, zu formieren und ihre Aufgabe durchzuführen. ... Ursprünglich hieß es, dass Europa und Japan gleichzeitig bombardiert werden sollten. Ich traue mich zu sagen, dass ich Millionen von Leben gerettet habe durch das was ich getan habe. Eine Arbeit, für die ich 10 und einen halben Monat gebraucht habe ...⁹“

Die Folter, die Atombombe, die Globalisierungsstrategie: Alles rettet Leben. Hier wäre es sogar unverantwortlich und verfassungswidrig gewesen, die Atombombe nicht abgeworfen zu haben. Der Staatsterrorismus präsentiert sich als humanistischer Realismus, als die einzig wahre Form, das Leben zu sichern.¹⁰

Damit ist das Argument vollständig. Es handelt sich um einen argumentativen Zirkel, dessen Struktur wir in allen vorhergehenden Totalitarismen des 20. Jahrhunderts finden. Das Thema ist das gleiche, aber es wird in Variationen gesungen. Seine ständige Wiederholung ist auch verständlich: Man kann Gewalt und Völkermord im politischen Handeln heute nur noch in dieser Form rechtfertigen. Daher tut man es auch. Bleibt man dabei rechtsstaatlich, so schafft man eben den Rechtsstaat ohne irgendwelche Menschenrechte.

⁹ Interview mit Paul Tibbets, Oberst, der mit 27 Jahren als Chefpilot am 6. August 1945 die Atombombe über Hiroshima abwarf. Die Bombe trug den Namen little boy und das Flugzeug trug den Namen der Mutter des Piloten, Enola Gay.

Das Interview machte Andrés Jiménez, Journalist der kolumbianischen Zeitschrift *Semana*. Hier zitiert nach *La Nación*, San José, 22.8.99.

¹⁰ Diese Argumente sind Erben von vorherigen konservativen Argumenten. So sagt Kardinal Höffner, ehemaliger Erzbischof von Köln:

„Das Schwertrecht des Staates ist eine eindringliche Anerkennung der Unantastbarkeit höchster menschlicher Güter, besonders des menschlichen Lebens. Die Heiligkeit der Gottesordnung wird durch die Todesstrafe auch in diesem Äon als ‘mächtig’ erwiesen.“ (Höffner, Josef: *Christliche Gesellschaftslehre*, Kevelaer 1975, S. 231).

III. Die Aushöhlung der Demokratie

Dieses Argument, das aus dem Mord an angeblichen Mördern die Sicherung zukünftigen Lebens ableitet, hat eine ganz außerordentliche Überzeugungskraft, um Massen zu bewegen. Es bringt die Wirklichkeit zum Verschwinden und entfesselt eine unvorstellbare Aggressivität ohne jede Grenze. Jeder Aufruf zur Vernunft scheint einfach nur Verrat und völlig unrealistisch zu sein. Wenn es zur Herrschaft kommt, löst es die Demokratie von innen her auf und verwandelt sie in eine leere Struktur, die dann völlig unkontrollierbaren Mächten dient.

Dies bekommt jetzt seine besondere Bedeutung daher, dass ja dieser Rechtsstaat ohne Menschenrechte in demokratischen Gesellschaften durchzusetzen ist. Man braucht Mehrheiten, die man aber durch rationale Argumente nicht gewinnen kann. Die auf Wahlen reduzierte Demokratie braucht Mehrheiten, die sich in Wahlen äußern, auch wenn diese manipuliert oder sogar betrügerisch sind. Die Argumente, die man benutzt, können falsch, betrügerisch und einfach fabriziert sein. Was zählt ist, dass sie zur Schaffung einer Mehrheit beitragen.

Die Voraussetzung ist allerdings eine Situation der Angst, die dann in Aggressivität verwandelt werden kann. Diese Situation der Angst ist gegeben und die Globalisierungsstrategie produziert sie in unerhörtem Maße. Sie zerstört alle Sicherheiten und schafft Ängste, mit denen die Gesellschaft dann umgehen muss. Will man die Strategie mit der jetzigen Blindheit weiterführen, muss man diese Angst in Aggressivität umwandeln. Andernfalls müsste man eine Politik der Lebenssicherung durchführen, die ohne Flexibilisierung und Umwandlung der gesamten Globalisierungsstrategie nicht möglich ist. Optiert man daher für die Durchsetzung dieser Strategie, muss man die Angst, die sie selbst produziert oder vertieft, in Aggressivität verwandeln.

Die Bedeutung des 11. Septembers in New York liegt darin, dass er den Anlass lieferte, um eine solche Operation durchführen zu können. Man hatte einen solchen Anlass bereits lange vorher gesucht, aber erst dieser 11. September stellte ihn zur Verfügung. Dies beginnt auf durchaus nüchternem Gebiet. Der Kritik an der Globalisierungsstrategie wird dann mit Argumenten begegnet, die zwar jede Diskussion unmöglich machen, aber den Schein des Rationalen wahren. Es heißt dann ganz einfach, dass dadurch die Investoren verschreckt und damit die Arbeitsplätze gefährdet

werden oder ähnliches. Die Angst wird dann ganz direkt so manipuliert, dass sie die Strategie, die sie schafft oder vertieft, selbst stabilisiert.

Nach dem 11. September von New York allerdings erscheinen Argumente, die immer mehr rein mythischen Charakter annehmen. Bush II erklärte jetzt den „antiterroristischen Krieg“, der als ein Krieg propagiert wird, der effektiv ein Weltkrieg ist. Der Terrorismus wird in einen Mythos verwandelt, der sich auf die ganze Welt bezieht, da er überall ist. Daher muss der antiterroristische Krieg eben auch überall geführt werden. Daher kommt etwas zurück, was bereits das ganze 20. Jahrhundert durchzogen hat, nämlich die Weltverschwörung. Es handelt sich jetzt um eine terroristische Weltverschwörung, die weltweit agiert und normalerweise mit Al Qaeda identifiziert wird. Dadurch bekommt der antiterroristische Krieg seine mythische Dimension. Al Qaeda wird als Gigant gezeigt, obwohl dieser Gigant nicht mehr ist als der gigantische Schatten eines Zwerges.

Diese mythische Konzeption der Weltsituation ist heute die der Polarisierung zwischen der Freiheit, wobei die USA die Funktion haben, diese von Gott geschenkte Freiheit in die ganze Welt zu tragen, und einer Achse des Bösen, die von einer terroristischen Weltverschwörung getragen wird, die in bestimmten „Schurkenländern“ einen festen Sitz hat oder zu haben strebt. Bush selbst pflegt in gegnerischen Politikern im Extremfall das „Gesicht des Bösen“ (evil's face) zu sehen, wie dies insbesondere bei Hussein der Fall war. Innerhalb dieser mythischen Polarisierung der Welt wird dann die Weltpolitik der USA ganz wörtlich zu einem Exorzismus.

Dies geht zusammen mit bestimmten durchaus massiven religiösen Bewegungen, die diese Weltsicht teilen. Die ist heute insbesondere beim christlichen Fundamentalismus in den USA der Fall, der diese gesamte Weltsicht in seine Vorstellungen von der apokalyptischen Endzeit und der entsprechenden Endzeitwehen integriert. Für den Fall, dass das Ganze in einer Katastrophe endet, sieht dieser Fundamentalismus die zweite Wiederkehr Christi vor, der dann alles, was der Mensch zerstört hat, wieder in Ordnung bringt. Dies ist begleitet von einer Reduzierung aller Ethik auf einige rein individuell verstandene Prinzipien oder von Prosperitätstheologien, die für die Unterwerfung unter das System eine Belohnung durch Gott in Gestalt von viel Geld versprechen. Die Ehe von gays ist in dieser Ethik weit wichtiger als Völkermord, Ausbeutung und Naturzerstörung.

Wenn man ein solches Weltbild hat, verwandelt sich jeder Widerstand in Zusammenarbeit mit dem Bösen. Die Auserwählten – das sind alle, die die herrschende Strategie unterstützen, – kämpfen daher gegen eine Welt

des Bösen. Politik als Exorzismus ist das Resultat. Damit aber wird wirkliche Politik unmöglich. Diese mythische Konstruktion befindet sich selbstverständlich in der Tradition vorhergegangener Konstruktionen ähnlicher Art. Ein wichtiger Vorgänger ist die Mythologie Reagans, die tatsächlich sehr ähnlich ist. Reagan polarisierte die Welt zwischen den USA und einer kommunistischen Weltverschwörung, die ihren Sitz im Kreml hatte. In seiner mythischen Dimension sprach er von den USA als „leuchtende Stadt auf dem Berge“, was eine apokalyptische Konstruktion ist und die USA als das Millennium, d.h. als tausendjähriges Reich, ansieht. Die kommunistische Weltverschwörung aber war für Reagan das „Reich des Bösen“. Die Verwandtschaft dieses Reaganmythus mit dem Mythos der Nazi und deren Weltverschwörung ist leicht sichtbar.

Der aktuelle Mythos befindet sich in einer Tradition, zu der diese vorhergehenden Mythen ebenfalls gehören, zu der auch der stalinistische Mythos von der trotzkistischen Weltverschwörung gehört, obwohl dieser nicht den gleichen Grad von Ausarbeitung hat. Ergreifen solche Mythen die Massen, werden sie zu einer materiellen Macht. Sie schaffen aber gleichzeitig den Raum für den Griff zur Weltmacht. Die Verschwörung ist eine Weltverschwörung und die Notwendigkeit, dieser weltweit zu begegnen, erfordert die Macht über die Welt. Die Konzeption der Weltverschwörung ist selbst eine Form, den Anspruch auf die Macht über die Welt zu stellen.

Wenn man im Namen einer solchen mythischen Konzeption die Wahlen demokratisch gewinnt, wird dadurch die Demokratie überrollt. Es gibt dann keinen Interessenausgleich und keine Kompromisse mehr, und die öffentliche Diskussion wird zur öffentlichen Denunziation. Der Rechtsstaat ohne Menschenrechte kann dann demokratisch sein, aber die Demokratie ist ausgehöhlt. Es kann kein Zweifel sein, dass dies zumindest den Charakter der Präsidentschaftswahlen in den USA des Jahres 2004 wiedergibt.

Schlussbemerkungen

Ich glaube, hiermit eine durchaus ernsthafte Tendenz aufgezeigt zu haben, die keineswegs momentan ist. Sie ist mit der Entwicklung der Globalisierungsstrategie entstanden und wird ohne eine wesentliche Veränderung dieser Strategie nicht verschwinden. Je blinder diese Strategie heute aufgezungen werden muss, wenn keine wesentlichen Einschnitte erfolgen, umso stärker wird sich diese Tendenz zeigen und eventuell durchsetzen.

Die klassischen demokratischen Länder haben weitgehend daran mitgearbeitet, den Staatsterrorismus, der am Anfang der Strategie mit ihren Diktaturen der Nationalen Sicherheit stand, möglich zu machen und haben die Pinochets, die ihr Regime aufrichteten, als Teil des Aufzwingens dieser Strategie häufig sogar mit aller Kraft unterstützt. Jetzt klopfen die Pinochets an die Tür dieser Demokratien und wollen Einlass gerade in den USA, der größten dieser Demokratien. Sie sind dabei, im Inneren dieser Demokratie die Macht zu übernehmen. Als Pinochet in London inhaftiert wurde, besuchte Margret Thatcher ihn demonstrativ und feierte ihn als Freund Großbritanniens. Diese Art Unterstützungen kamen gerade aus der demokratischen Welt und ebenso aus christlichen Kirchen. Heute wird er zum nicht eingestandenen Modell. Die Pinochets wollen Einlass und unsere Globalisierungsstrategen werden ihnen diesen Einlass nicht verweigern und auch nicht verweigern können.

Um diese Tendenz entstehen natürlich sehr deutliche Konflikte. In den USA steht eine lange und bedeutende republikanische und liberale Tradition auf dem Spiel. Daraus ergibt sich eine sichtbare Polarisierung des Landes. Allerdings hat die Gegenreaktion, die erfolgt, eine große Schwäche, die letztlich entscheidend sein kann. Sie nimmt die enge Verflechtung der Globalisierungsstrategie mit diesen Tendenzen zum Rechtsstaat ohne Menschenrechte und zur Aushöhlung der Demokratie fast nicht zur Kenntnis. Man möchte sich den Pelz waschen, aber nicht nass werden. Man möchte einige Menschenrechte sichern, ohne sie integral zu sichern. Aber gerade in einer global gewordenen Welt ist das kaum noch möglich.

Es geht aber gerade darum, diese Verflechtung sichtbar zu machen und diesen Tendenzen auf allen Ebenen entgegenzutreten. Denn das, was wir der sogenannten 3. Welt angetan haben, kommt zu uns zurück. Daher geht es heute um eine neue Weltordnung und es geht darum, sie zu sichern, bevor die Globalisierungsstrategie noch größere Katastrophen verursacht als sie es schon getan hat. Eine solche neue Weltordnung, die von der Geltung der Menschenrechte ausgeht, setzt aber die Anerkennung der Notwendigkeit voraus, dass die Politik systematisch in den Markt intervenieren muss. Ohne diese Anerkennung ist alles Reden über eine neue Wirtschaftsordnung, aber auch über die Menschenrechte, inhaltslos.

Franz Hinkelammert
franz@correo.co.cr